Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1.15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 111 — **Dienstag, den 20. September 1932** — **34. Jahrg.**

Donnerstag, den 22. September, 14 Uhr

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. September 1932.

136] **Der Magistrat.**

Rationalisierung

Das Schlagwort von der Rationalisierung, das uns die Amerikaner bescherten, hat jahrelang die öffentliche Meinung beherrscht. Es klingt so verführerisch, wenn gesagt wird: Weniger Angestellte, weniger Arbeiter, weniger Unkosten — dafür erhöhte Produktion und erhöhte Gewinne. Das hört sich ganz hübsch an, aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es trotzdem meist nicht dasselbe. Eine Maßregel wirkt anders, wenn ich sie unter freiem Himmel im offenen Gelände ergreife, als im menschenüberfüllten Zimmer. Das darf niemals vergessen werden. Amerika hat Platz, ist noch auf Expansion, auf Eroberung neuer Absatzgebiete eingestellt, ohne die der Wettkampf privater Unternehmer nicht möglich ist. Wir aber in Europa leben in Ländern, die nur durch Export hochwertiger Industrieerzeugnisse die Folgen ihrer Uebervölkerung einstweilen noch abzuwenden vermögen. Und keines drückt der Mangel an Ausdehnungsmöglichkeiten schwerer als das Deutschland der Nachkriegszeit. Es ist eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß wir in Deutschland infolge unserer Ueberbevölkerung selbst für unsere Ernährung auf fremde Einfuhr angewiesen sind. Nicht erst in der Nachkriegszeit ist das so geworden, das haben uns die Hungerjahre während des großen Völkerringens deutlich klargemacht.

Amerika hat Platz, Ausdehnungsmöglichkeiten. Rationalisierung, also Ersparnis an Arbeitskräften, hat in Amerika Sinn, denn die an einer Stelle überflüssig Gewordenen kommen an anderer Stelle unter, wo sie nutzbringend tätig sein können. Selbst wenn sie nach bisher unbesiedelten Gebieten auswandern, so dienen sie doch dazu, dort neue Absatzgebiete zu schaffen.

Und trotzdem hat man auch bei den Amerikanern zuletzt überrationalisiert. Im dichtbevölkerten Osten liegen Arbeitskräfte brach, und der weniger entwickelte Westen kann sie nicht im selben Tempo aufnehmen, wie sie frei werden. Viel schlimmer liegt es bei uns. Schnelleres Arbeiten, gesparte Transporte, Automatenmaschinen, von denen mehrere von einem einzigen Manne bedient werden, alles das macht Menschen frei, läßt sie überflüssig werden. Im Gegensatz zu amerikanischen Verhältnissen schaltet aber bei uns der Beschäftigungslose nicht nur als Produzent aus, sondern zum größten Teile auch als Verbraucher. Die Arbeitslosenunterstützung schützt nur vor dem Verhungern, macht aber bei weitem nicht zum Vollverbraucher. Das kann und soll sie ja nach ihrer Bestimmung auch nicht, denn sie ist ja von ihren Schöpfern ursprünglich nur als ein Mittel gedacht, dem wirtschaftlich Schwachen über eine Krisenzeit hinwegzuhelfen. Es ist also unverkennbar: Jede Rationalisierungsmaßnahme ist zweischneidig, denn sie schwächt gleichzeitig auch den Absatzmarkt.

Die Zahl der Unbeschäftigten, also derer, die nicht als Normalverbraucher auftreten können, ist regelmäßigen jährlichen Schwankungen unterworfen. Nebenher aber geht ein ständiges Steigen der Durchschnittsziffer. Man kann sagen: Etwa seit September 1927 bewegt sich die Kurve ziemlich gleichmäßig ansteigend. Die veröffentlichten Zahlen sind, ohne Zusammenhänge betrachtet, meist irreführend, denn sehr oft bedeutet die Abnahme der Zahl der unterstützten Arbeitslosen nicht etwa erhöhten Beschäftigungsgrad, sondern nur Ueberführung in andere Unterstützungskassen! Es werden immer mehr Menschen aus dem Stande der Normalverbraucher entfernt, ohne Hoffnung, sie je wieder zu Vollkaufkräftigen machen zu können.

Mehr und mehr enthüllt sich die verhängnisvolle Kehrseite der Sparmaßnahme. Der Warenreichtum wächst und die Abfatznot ebenfalls. Das ist die Folge der Verknappung und Verschmälerung des Innenmarktes. Export kann das nie ausgleichen, da dabei die vielen, die sonst in der Warenverteilung beschäftigt waren, nicht unterzubringen sind. Und außerdem gibt es Zollmauern, die sich nach Bedarf erhöhen lassen.

Das sind die Folgen der Entwicklung der technischen Hilfsmittel sowie der Sparmaßnahmen. Produktion und wieder Produktion — aber keine kaufkräftige Masse, die dieser Produktion erst einen Sinn gibt, indem sie dieselbe verkonsumiert, damit Platz wird für neue Produktion. Ware ist nicht Reichtum, sondern vorläufig nur festgelegtes Geld. Der Wert entsteht erst durch den verbrauchenden Menschen.

Wie die Zahnräder eines Triebwerkes greift es ineinander: Sparmaßnahmen — weniger Verbraucher — weniger Absatz — Verluste und darum neue Sparmaßnahmen — wieder weniger Verbraucher und so fort. Es ist fast wie bei der Geldentwertung während der Inflation. Menschen-Inflation! Man sollte meinen, auch die für die Rationalisierung Begeisterten müßten ein Grauen bekommen, wenn sie an die weitere Entwicklung denken.

Wir leiden in Deutschland unter dem Versailler Vertrag, dem Dawesplan, dem Youngabkommen, allen den Kriegsfolgen, doch das alles kann unmöglich die alleinige Ursache dieser Entwicklung sein, denn in den angeblich gesunden Siegerländern geht eine ganz ähnliche Erscheinung vor sich. Sogar die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ihr Heer von Arbeitslosen, die sie vorderhand nicht unterbringen können. Die Wirtschaft spart unentwegt weiter im heiligen Eifer und vergißt dabei, daß sie doch nur eben das Geld einnehmen kann, das sie vorher der Masse zu verdienen gab. Man kann sich eben gerade so gut kaputtsparen, wie man sich totfliegen oder pleiteverdienen kann. Es gibt kein Zauberportemonnaie, aus dem man mehr herausholen könnte, als darin ist.

Hier liegt des Rätsels Lösung!

Kommt ein Block der Mitte?

Es regt sich in den bürgerlichen Parteien.

Berlin, 18. September.

Die Neugründung einer „Bürgerlichen Vereinigung für Handel, Handwerk und Gewerbe" muß auch als Beweis dafür gelten, daß nach den Mißerfolgen der bürgerlichen Parteien in den letzten Wahlkämpfen in diesen Kreisen der politisch interessierten Bevölkerung nach einem Ausweg aus der Niederdrückung des politischen Einflusses der bürgerlichen Mitte gesucht wird.

Allerdings wäre es durchaus verfrüht, die Stellungnahme der verschiedenen Mittelgruppen zu der Idee eines neuen Sammelbeckens schon jetzt festlegen zu wollen.

Die Reichstagsauflösung sei immerhin so überraschend gekommen, daß erst in dieser Woche die Mehrzahl der in Betracht kommenden Gremien der bisher selbständig marschierenden Parteien an die Beratungen über die kommende Konstellation herangehen könne. So wird vom

Christlich-Sozialen Volksdienst

erklärt, daß diese Bewegung mit der erwähnten Neugründung nichts zu tun habe, daß vielmehr die Reichsleitung des Volksdienstes zu Beginn dieser Woche sich grundsätzlich über das weitere Vorgehen dieser Bewegung schlüssig werden wolle. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der

Parteivorstand der Wirtschaftspartei

in der zweiten Hälfte dieser Woche gleichfalls zu bedeutsamen Verhandlungen zusammenkommt. Dabei wird die Frage geklärt werden müssen, welche Stellung die Wirtschaftspartei zu der Bürgerlichen Vereinigung einnehmen soll, ob sie vielleicht unter Auflösung der Wirtschaftspartei gänzlich in der neuen Verbindung aufgehen solle unter einer anderen Führung.

Zu Beginn dieser Woche tagt auch der Sechzehner-Ausschuß, die neue Parteiführung der Deutschen Staatspartei. Wenn man noch hervorhebt, daß der Gedanke der Präsidialregierung insbesondere in Kreisen der Deutschen Volkspartei eifrig weitererörtert wird, wobei eine solche Partei das Regierungsprogramm und die Regierungsmethode der Regierung von Papen befürworten würde, so kann man daraus wohl die Feststellung ableiten, daß es politisch recht rege ist in den bürgerlichen Parteien.

Allerdings hat es bisher den Anschein, als ob die einzelnen Ideen für eine neue Konstellation noch sehr zahlreich sind, so daß man es als fraglich bezeichnen muß, ob ein Block der Mitte für den nächsten Wahlkampf zustande kommt. Ein solcher Block wird aber in parlamentarischen Kreisen der Mittelparteien an sich als notwendig bezeichnet, da man damit rechnen zu müssen glaubt, daß mindestens der Wahlquotient für die kommende Reichstagswahl auf vielleicht 75 000 statt bisher 60 000 erhöht werden würde.

Parlamentarischer Arbeitsplan

Preußischer Landtag für Mittwoch einberufen.

Berlin, 18. September.

Der Preußische Landtag ist nunmehr endgültig für Mittwoch, den 21. September, 1 Uhr nachmittags einberufen worden. Unmittelbar vorher, um 12 Uhr, tritt der Aeltestenrat noch einmal zusammen.

Wie bereits angekündigt, stehen auf der Tagesordnung der ersten Landtagssitzung die zweite und dritte Beratung des nationalsozialistischen Antrages auf Vorverlegung der preußischen Gemeindewahlen, über die jedoch der Gemeindeausschuß heute erst noch einmal beraten wird. Ferner will der Landtag die vor Monaten unterbrochene gemeinsame Beratung über zahlreiche Anträge zu Bergwerksfragen fortsetzen. Auch steht eine Anzahl von Anträgen auf Genehmigung der Strafverfolgung von Abgeordneten auf der Tagesordnung.

In den meisten Fällen empfiehlt der Geschäftsordnungsausschuß, diese Genehmigung zu versagen. In einem Fall beantragt er jedoch die Aufhebung der Immunität, und zwar für den sozialdemokratischen Abgeordneten und früheren Ministerpräsidenten Dr. Braun.

Der Antrag geht aus von dem nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Frank II-München, der um die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. h. c. Braun wegen übler Nachrede und Beleidigung des Regierungsrats Adolf Hitler nachsucht. Außerdem ist jetzt noch die Notverordnung über die Feststellung des preußischen Haushaltsplanes für 1932 auf die Tagesordnung gesetzt worden. Gleichzeitig mit dieser Verordnung sollen die gleichfalls noch von der Regierung Braun erlassenen Notverordnungen vom 8 Juni zur Sicherung des Haushalts, vom 21. Juni zur Aenderung der Schlachtsteuer und die Badepolizeiverordnung Dr Brachts vom 18. August beraten werden. Bei dieser Beratung dürfte es zu einer allgemeinen politischen Aussprache kommen. Schließlich wird sich der Landtag auch mit einem kommunistischen Antrag zu beschäftigen haben, der die Durchführung der vom Landtag seinerzeit beschlossenen Strafunterbrechung bei politischen Gefangenen fordert.

Für Arbeitszeitverkürzung

Beratungen des Internationalen Arbeitsamtes.

Rom, 18. September.

Die italienische Regierung hat beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes den Antrag gestellt, daß auf der Tagung des Verwaltungsrates am 21. September zu der Frage Stellung genommen werden soll, ob für die internationale Arbeitszeitverkürzung eine besondere Arbeitskonferenz einberufen werden soll.

Damit kommt eine internationale Aussprache in Fluß, an der Deutschland besonders stark interessiert ist. Nach unserer inneren Gesetzgebung, insbesondere nach den letzten Notverordnungen, sind wir in der Richtung auf Arbeitszeitverkürzung bereits ziemlich weit gegangen, und es ist deshalb selbstverständlich, daß wir dem Grundgedanken des italienischen Antrags nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern internationale Abmachungen begrüßen würden, die für die Krisenzeit eine gleichmäßige Regelung der Arbeitszeitverkürzung sichern. Es kann sich dabei naturgemäß nicht um ein großes allgemeines Abkommen handeln, sondern es würden Sonderregelungen für die einzelnen Industriezweige anzustreben sein.

Der Verwaltungsrat beim Internationalen Arbeitsamt soll nun in dieser Septembertagung darüber Beschluß fassen, ob für die Klärung dieser Frage eine Sonderkonferenz des Arbeitsamts einzuberufen ist oder ob wie der Verwaltungsrat meint, die Einsetzung eines Studienausschusses genügen wird, der das Problem der Arbeitszeitverkürzung unter internationalen Gesichtspunkten prüft, und der die Ergebnisse seiner Bemühungen dann der im Jahre 1933 zusammentretenden ordentlichen Arbeitskonferenz unterbreiten wird. Die Reichsregierung wird in jedem Falle an diesen Bemühungen des Arbeitsamtes tätigen Anteil nehmen.

„Staatserhaltende Politik"

Entgiftung des politischen Meinungskampfes.

Lauenstein, 18. September.

Die auf Burg Lauenstein versammelten Vertreter der evangelischen Presseverbände Deutschlands wenden sich an die Oeffentlichkeit mit folgender Erklärung:

„Angesichts der außerordentlichen Verschärfung des politischen Meinungskampfes in allen Lagern sprechen wir als unsere Ueberzeugung aus: Alle Bemühungen zum Neubau unseres Staates können zu keinem dauernden Erfolge führen, wenn nicht Wahrheit und Gerechtigkeit als unverbrüchliche Gottesordnung geachtet werden und die gemeinschaftsgründenden Kräfte sittlicher Bindung lebendig bleiben. Die Geschichte lehrt, daß auch das Politisch-Lebendige einer Zeit den Todeskeim in sich trägt, wenn es sich über ewige Normen hinwegsetzt. Daher wird immer die Sorge um die Reinerhaltung des öffentlichen Kampfes ein notwendiges Stück wahrhaft staatserhaltender Politik sein."

Das deutsche Nein

Veröffentlichung des deutschen Briefes an Henderson.

Berlin, 17. September.

Der vom Reichsaußenminister von Neurath im Auftrage der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, gerichtete Brief ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Das Schreiben lautet:

In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe.

Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben, und daß sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320920-18/fragment/page=0001

sich von diesem hinsichtlich der Art und Weise der Abrüstung wesentlich unterscheiden wird. Damit ist die Frage unmittelbar aktuell geworden, wie es mit der Anwendung des künftigen Regimes auf Deutschland werden soll. Es liegt auf der Hand, daß ohne Beantwortung dieser Frage eine Regelung der einzelnen konkreten Punkte des Abrüstungsproblems nicht möglich ist.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann nur eine Lösung in Betracht kommen, die Lösung nämlich, daß alle Staaten in bezug auf die Abrüstung denselben Regeln und Grundsätzen unterworfen werden und daß für keinen Staat ein diskriminierendes Ausnahmeregime gilt. Es kann Deutschland nicht zugemutet werden, an den Verhandlungen über die in der Konvention festzulegenden Abrüstungsmaßnahmen teilzunehmen, solange nicht feststeht, daß die gefundenen Lösungen auch auf Deutschland Anwendung finden sollen.

Um diese Voraussetzung für ihre weitere Mitarbeit in der Konferenz so schnell wie möglich zu verwirklichen, hat sich die deutsche Regierung inzwischen bemüht, eine Klärung der Frage der Gleichberechtigung auf diplomatischem Wege herbeizuführen. Leider muß festgestellt werden, daß die deutschen Bemühungen bisher zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben.

Unter diesen Umständen sehe ich mich zu meinem Bedauern genötigt, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß die deutsche Regierung der Einladung zu der am 21. September beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht Folge leisten kann.

Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Ueberzeugung, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung im Interesse der Sicherung des Friedens dringend geboten, ist. Sie wird die Arbeiten der Konferenz mit Interesse verfolgen und sich je nach ihrem Verlauf über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

*

Ueber die weitere Behandlung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands verlautet von zuständiger Seite, daß die Reichsregierung nicht beabsichtigt, die französische Note auf die deutsche Wehrdenkschrift schriftlich zu beantworten.

Die Regierung bedauert feststellen zu müssen, daß diese Note das Problem der Gleichberechtigung sowohl in seinen Voraussetzungen wie in seinen Folgen unrichtig auffaßt und daß sie in keinem wesentlichen Punkte eine Annäherung an den deutschen Standpunkt zeigt, wie er in dem deutschen Memorandum vom 29. August dargelegt wurde. Von einer Fortsetzung des Meinungsaustausches auf dem Wege des Notenwechsels glaubt die Reichsregierung sich keine Förderung der Sache versprechen zu können. Selbstverständlich ist sie aber nach wie vor zu einem Meinungsaustausch auf dem Wege mündlicher diplomatischer Unterhaltungen bereit.

Der Reichsaußenminister hat den französischen Botschafter Francois-Poncet empfangen und ihm eine entsprechende Mitteilung gemacht. Im gleichen Sinne sind auch die übrigen Regierungen verständigt worden, die von der Reichsregierung mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Rundfunkrede des Ernährungsministers

Berlin, 17. September.

Wie verlautet, wird das Landwirtschaftsprogramm der Reichsregierung am 26. September durch den Reichsernährungsminister von Braun anläßlich der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München verkündet werden. Die Rede des Ministers wird auf alle deutschen Sender übertragen werden.

Kombinationen über Reichsreform

Zerschlagung Preußens kommt nicht in Frage.

Berlin, 19. September.

In einer ganzen Reihe von Zeitungen sind Berichte und Erörterungen über die Frage der Reichsreform und angebliche Verhandlungen der Reichsregierung mit Bayern enthalten. Diese Nachrichten und Aeußerungen decken sich, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, zum größten Teil nicht mit den Tatsachen. Bei der Konferenz der Reichsregierung mit den süddeutschen Länderregierungen in Stuttgart ist seinerzeit vereinbart worden, daß in der Frage der Reichsreform erst eingehende Erörterungen mit den Länderregierungen stattfinden sollen, ehe der Entwurf der Reichsregierung fertiggestellt wird. Diese Verhandlungen mit den Ländern haben noch nicht stattgefunden.

Auch die bevorstehenden Reisen des Reichskanzlers und einzelner Reichsminister nach Bayern haben mit der ganzen Frage nichts zu tun. Von amtlicher Seite wird nachdrücklich erklärt, daß eine Zerschlagung Preußens und eine Umgestaltung preußischer Gebiete zu Reichsprovinzen auf keinen Fall in Frage kommt. Bei der kommenden Reichsreform soll an dem föderativen Charakter des Reiches nichts geändert werden.

Termin der Neuwahlen

Am 6. November soll das Volk wieder einmal entscheiden.

Berlin, 18. September.

Das Kabinett beschloß in seiner Sitzung, dem Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum Deutschen Reichstag vorzuschlagen.

Das Kabinett setzte die Beratungen über die Wirtschaftsfragen fort und wird sie in einer Sitzung am Montag weiterführen.

Reichsregierung zur „Präsidialpartei"

Zu dem Aufruf einer sogenannten Deutschen Präsidialpartei, der in Berlin an den Anschlagsäulen erschienen ist, und in dem zur Bildung einer besonderen deutschen Präsidialpartei zur Unterstützung der Politik Hindenburgs und des Präsidialkabinetts aufgefordert wird, wird von zuständiger Seite erklärt, daß amtliche Stellen sowohl der Sache wie auch dem unterzeichnenden Personenkreis völlig fernstehen. Offenbar handele es sich bei der Bezugnahme auf das Präsidialkabinett um einen Trick, Mitglieder zu fangen.

„Unsinnige Behauptungen"

In der Presse tauchen Behauptungen auf, wonach Reichswehrminister General von Schleicher der SA. und SS. nahegelegt haben soll, einen Huldigungsmarsch für Hitler zu veranstalten. Diese Behauptungen werden von zuständiger Stelle als völlig unsinnig bezeichnet.

Der Reichswehrminister habe im Gegenteil niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er jedem Aufmarsch, der den Versuch eines Druckes auf die Reichsregierung darstellen sollte, den schärfsten Widerstand entgegensetzen werde.

Industrie gegen Kontingente

— **Berlin**, 17. September.

In wirtschaftspolitischen Kreisen sieht man mit großer Aufmerksamkeit der Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Zinssenkung und der Einführung von Einfuhrkontingenten entgegen.

Die Stellungnahme der Industrie zu diesen Verhandlungen kommt in einem Schreiben zum Ausdruck, daß der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, an den Kanzler gerichtet hat. In diesem Brief heißt es:

„Die deutsche Industrie begrüßt das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk mit großen Hoffnungen, da es geeignet ist, der privaten Initiative endlich wieder die Möglichkeit freier Entfaltung zu geben."

Geheimrat Kastl betont dann in seinem Brief weiter, Kontingentierungsmaßnahmen würden dem Leitgedanken der Reichsregierung widersprechen, da ihnen außenhandelsmonopolitische Tendenzen innewohnten. Außerdem würde die Wirksamkeit einer Landwirtschaftshilfe durch Einfuhrkontingente dadurch beinträchtigt werden, daß das Ausland Abwehrmaßnahmen treffe, durch die wiederum die deutsche Industrie getroffen und die Kaufkraft in Deutschland ungünstig beeinflußt werde. Die Industrie bitte daher die Reichsregierung um eine nochmalige Prüfung der Frage der Einfuhrkontingente unter Würdigung der Gesamtinteressen, die auf dem Spiele stünden.

Reichslandbund fordert Einfuhrkontingente

Berlin, 17. September.

Der Reichslandbund bezeichnet in einer Erklärung die autonome Festsetzung von Einfuhrkontingenten für die Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, der Gärtnerei sowie des Weinbaues als unbedingt erforderlich. Handelspolitische Verhandlungen zwecks Herbeiführung eines wirklichen Gegenseitigkeitsverhältnisses dürften erst nach der Einführung von Einfuhrkontingenten aufgenommen werden. Im übrigen fordert der Landbund nochmals Maßnahmen zur Zinssenkung und zur Ausweitung des Vollstreckungsschutzes für die Landwirtschaft.

Diplomatenschub

Wahres und Falsches über neues Revirement.

Berlin, 16. September.

Von den deutschen Auslandsposten wird in der nächsten Zeit eine beträchtliche Anzahl, und zwar zum Teil nicht die unbedeutendsten, neu besetzt werden. Es entspricht jedoch internationaler Gepflogenheit, über die dafür in Aussicht genommenen Persönlichkeiten keine Auskunft zu geben, bevor nicht das Agrement des fremden Staates für den neuen Diplomaten eingeholt ist. In der Wilhelmstraße wird deshalb einstweilen nur soviel gesagt, daß die in der Presse genannten Namen zum Teil richtig, zum Teil aber falsch sind.

In diesem Zusammenhang ist in der Oeffentlichkeit auch die Rede von Unstimmigkeiten zwischen einzelnen deutschen Diplomaten im Auslandsdienst und der Reichsregierung über die Behandlung der Frage der deutschen Gleichberechtigung in der Rüstung durch die Regierung. Es wird behauptet, gerade aus diesem Grunde würde eine Reihe von Versetzungen stattfinden, insbesondere sprechen die Gerüchte hier von dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch.

Von zuständiger Stelle wird mit aller Bestimmtheit versichert, daß derartige Unstimmigkeiten zwischen der Reichsregierung und ihren Vertretern im Auslande nirgends bestehen.

Man fügt noch hinzu, gerade in dem Falle des Botschafters von Hoesch seien doch solche Gerüchte um so unwahrscheinlicher, als gleichzeitig davon die Rede ist, daß von Hoesch einen anderen Botschafterposten übernehmen solle. Ohne dadurch die Absicht eines Wechsels auf dem Pariser Posten zu bestätigen, wird in der Wilhelmstraße erklärt, die Reichsregierung würde einen Diplomaten, mit dem sie sich in einer solchen Frage im Widerspruch befinde, nicht auf einem wichtigen Posten wiederverwenden.

Weitere Personalveränderungen im Rundfunk

Berlin, 17. September.

Im Verfolg der Umstellung der Dradag wird der Hauptschriftleiter Hans Fritzsche kommissarisch die Nachrichtenabteilung übernehmen. Gleichzeitig wird in der Funkstunde die neugeschaffene Vortragsabteilung mit Dr. Harald Braun besetzt, dem als weiterer Mitarbeiter Fritz Lautisch zugeteilt ist. Die Aktuelle Abteilung übernimmt Franz Mariaux. Der Dramaturg der Berliner Funkstunde, Arnold Bronnen, übernimmt die Bearbeitung der Sendespiele.

Für positive Mitarbeit?

Bayern zur Wirtschaftsankurbelung.

München, 18. September.

Aus Kreisen der bayerischen Wirtschaft wird der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz u. a. geschrieben, die führende Interessenvertretung der bayerischen Industrie habe dieser Tage eine Stellungnahme veröffentlicht, die sich — man könne fast sagen — positiv zur Papenschen Notverordnung einstelle.

Sie sei zwar ein wirtschafts- und finanzpolitisches Experiment, man müsse aber mit gutem Willen auf ihr aufbauen. Jedoch hätten sich Mittel und Wege finden lassen müssen, um zu einem Zusammenspiel mit den großen Parteibewegungen zu kommen.

Zu dieser Zuschrift bemerkt die BVK. u. a., daß gerade die Wirtschaft allen Anlaß gehabt hätte, die Bemühungen zu unterstützen, die auf die Schaffung eines arbeitsfähigen Reichstags hinzielten. Nachdem die Verordnung aber einmal erlassen sei und die Wirtschaft bereits angefangen habe, nicht nur Hoffnungen auf eine Besserung zu setzen, sondern auch geschäftliche Dispositionen zu treffen, sei es nicht mehr ratsam, die geschaffenen Tatsachen einfach verneinen zu wollen.

Panzerschiff „C"

Kiellegung am 1. Oktober.

Berlin, 18. September.

Die Kiellegung des Panzerschiffes „C", Ersatz Braunschweig, die am 1. Oktober auf der Marinewerft in Wil-

---

Der Aberglaube des Stefan Kampen

ROMAN VON KATHE BRINKER

(26. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Außerhalb des Bildfeldes standen zwei Zuschauer: Stefan und Raquel Millulabois. Eben flüsterte die Mexikanerin ihrem Kollegen etwas ins Ohr, und Peter dachte, daß es sicher Schlechtes über ihn gewesen sein müsse. Er sah, wie der Schauspieler unwillig den Kopf schüttelte.

Ganz steif und gefühlskalt benahm sich der Junge in der Szene. „Ich kann nicht weinen, frösteln, todmatt sein," stieß er endlich in verlegenem Trotz hervor.

Raquel kam mit ihrem raffinierten, mannequinhaften Gang interessiert näher. „Was kannst du denn?"

Peters Blick wagte sich nicht hinauf bis in ihr spöttisches Gesicht. Aber er blieb wie gebannt haften an ihrem in den schönsten Farben funkelnden, kostbaren Brillantenkollier, das sie um den schlanken, dunklen Hals trug. „Eifersucht, Wut kann ich spielen, — glaube ich."

Walther, der sonst dafür berüchtigt war, im Atelier und bei der Arbeit von unausstehlicher Nervosität zu sein, war hier ganz milde Nachsicht. Er lächelte geduldig. „Gut, mein Kind! Jetzt denke dir einmal, Raquel Millulabois sei deine junge, verzötterte Mutter. Aber ihre Liebe gehört nicht mehr dir allein, sie schenkt sie auch einem andern. Nun quält dich die Eifersucht."

Und Peter spielte. Er spielte mit einer erschreckenden Reife der Auffassung, die doch wiederum ganz kindlich war, noch nicht diszipliniert, aber voll herber Natürlichkeit.

So hatten alle, die im Walde den Aufnahmen zuschauten, die feste Ueberzeugung, daß hier ein großes Talent bei sorgfältiger Pflege aufblühen konnte. Innerlich am meisten befriedigt über seine neue Entdeckung war sicher der Regisseur Walther, obgleich er erst nach Besichtigung des fertigen Bildstreifens sich positiv äußern konnte. Für Raquel schien der fremde deutsche Knabe eine neue, pikante Note bekommen zu haben. Ihre halboffenen Augen schweiften zu ihm hinüber, befahlen ihn zu sich. Und als sein bieg-

samer Körper vor ihr stand, beugte sie sich plötzlich, nahm seinen blonden Kopf zwischen ihre beiden Hände und preßte ihre vollen, dunkelrot gefärbten Lippen auf den frischen Kindermund. Was war geschehen? Mein Gott — ein alltäglicher Vorgang! Eine junge Frau küßt ein süßes Kind, weil es von der Natur begnadet ist. Was sonst? Aber — es schien doch, als hielte auf einmal der Wald den Atem an und als herrsche eine drückende, lastende Schwüle über dem Ganzen. Regisseur, Kameramann, Aufnahmeleiter, alles Menschen mit den hypermodernsten Weltanschauungen, wurden hier etwas stutzig, wenn nicht gar verlegen. Nur Stefan Kampen hatte ein grenzenlos verächtliches Lächeln um die schmalen Lippen. Der kleine Peter aber schien so verwirrt, daß er zwischen Lachen und Weinen kämpfte, eine kurze Strecke in den Wald lief, wieder zurückkehrte und froh war, als Walther endlich das Zeichen zur Abfahrt gab.

Nach diesem Erlebnis schien es, als sei Peter noch verschlossener als zuvor. Seine heißen Augen stellten Raquel nach, sahen ihr Tun und Treiben. Und bald fühlte das intelligente Kind heraus, daß seine Angebetete, die er jetzt heimlich andichtete, ein Liebesverhältnis mit dem Regisseur hatte und im Grunde ein recht oberflächliches, kleines Geschöpf war. Nicht zu den Menschen, Tieren und Pflanzen empfand Raquel Millulabois Liebe, nein — all ihr Sehnen und all ihre Lust galt ihren — Juwelen. Die Mexikanerin nannte Schmuck im Werte von 500 000 Mark ihr eigen, und sie wurde darum von ihren Kolleginnen, von Flappers und Kokotten, aber auch von den Damen der Gesellschaft glühend beneidet. Der kleine Peter von Osten haßte diese Juwelen. Er fühlte dunkel, daß sie ihm irgend etwas von Raquel selbst raubten. Das Glitzern und Funkeln der Edelsteine grinste ihn teuflisch an, machte ihn nervös. Und der Wunschgedanke schlug Wurzel in ihm: ihr die ganze berückende, kalte Juwelenpracht vom Leibe zu reißen!

Am nächsten Tage gab es für den jungen Wolf Kampen eine große Überraschung. Schlank, elegant im Tennisdreß, der Schläger unter dem Arm, trat er zu Stefan und Brigitte auf die Veranda und schwenkte ein Telegramm in der Hand: „Hurra, das zweite Engagement! Muß sofort nach Berlin zur Aufnahme! Fünf Aufnahmetage à 100 Mark! Das Stück heißt „Im Sumpf", ist eine Jugendtragödie, und ich habe einen Primaner zu spielen. Fein, wie?" Seine Augen leuchteten.

„Hu, Tragödie?" machte Stefan und verzog das Gesicht. „Na, hoffentlich hast du nicht ausgerechnet die tragische Rolle!" Seine Augen ruhten in leiser Unruhe auf seinem Jungen.

Der aber lachte gutmütig auf: „Habe doch nur keine Angst, Stefan! Wenn ich einen Filmtod zu sterben habe Selbstmord begehen oder gar — laut Manuskript — ermordet werden muß, so ist das nicht — wie du natürlich schon wieder denkst — Anzeichen und Vorbote für die spätere Wirklichkeit!"

„Hast recht, mein Sohn!" meinte dieser begütigend, während seine versonnenen Augen über das Meer glitten.

Brigitte war voller Freude über Wolfs Erfolg, und sie erschien heiterer denn je. — Aber als Kampens Sohn am Abend vor seiner Abreise mit dem jungen Mädchen auf einer verschwiegenen Waldbank träumte, sie mit bebenden Küssen überflutete, hing ihr Körper wie leblos in seinen Armen, und eine nicht zu überwindende Kühlheit strömte von ihr aus. „Ich weiß nicht, wie es kommt," klagte Wolf, „aber du schenkst dich mir nie. Weder deine Sinne noch deine Seele sind bei mir!"

Brigitte streichelte liebkosend seinen dunklen Kopf. „Bist du enttäuscht?" flüsterte sie traurig.

Da war er schon wieder ganz in ihrem Bann. Bedeckte Mund, Nacken und Schultern mit fiebernden Küssen. Aber es gelang ihm nicht, sie zu berauschen. — —

18. Kapitel.

Gerade an dem Tage, als Wolfgang Kampen wieder abreisen mußte, wurden noch zwei Filmleute mit dem Dampfer erwartet. Obgleich die Außenaufnahmen ihrer Vollendung entgegengingen und man nur noch ganz kurze Zeit in dem Ostseebad drehen wollte, waren die beiden zu erwartenden Filmsterne besonders für Seeaufnahmen unwiderruflich notwendig. Um fünf Uhr sollte die „Hertha" starten. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320920-18/fragment/page=0002

helmshaven erfolgen soll, steht selbstverständlich nicht, wie in einem Teil der ausländischen Presse behauptet wird, in irgendeinem Zusammenhang mit dem Fernbleiben Deutschlands von den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz oder unseren Schritten in der Frage der Wehrgleichheit.

Da es sich bei dem Neubau des Panzerschiffes „C" um einen Ersatzbau handelt, verstößt er auch nicht gegen die Bestimmungen des Rüstungsfeierjahres.

Es ist in diesem Zusammenhang übrigens ganz interessant, einmal zu vergleichen, in welchem Umfange die anderen Staaten Schiffsneubauten begonnen bezw. in Aussicht genommen haben. England hat bisher in diesem Jahr drei Kreuzer, neun Zerstörer und drei U-Boote in Auftrag gegeben und sich den Baubeginn von drei weiteren Kreuzern, neun Zerstörern und drei U-Booten bis zum Schluß dieses Jahres vorbehalten. Amerika wird im Frühjahr nächsten Jahres einen 10 000-Tonnen-Kreuzer und Japan zum gleichen Zeitpunkt drei Zerstörer auf Stapel legen. In Frankreich ist der Bau von einem 26 500 Tonnen-Linienschiff und zwei Kreuzern im Juli v. J. und im Dezember dann noch von vier weiteren Kreuzern bewilligt worden. Außerdem rechnet man noch mit dem Baubeginn von drei U-Booten bis zum Schluß dieses Jahres.

Aus dieser Uebersicht ergibt sich, welche verschwindende Rolle das Panzerschiff „C" in dem ganzen Weltschiffsbauprogramm spielt.

Regierungssieg in der Kammer

Die französische Rentenkonvertierung.

Paris, 18. September.

Nach einer Nachtsitzung hat die französische Kammer die Rentenkonvertierung etwa in der Form der Regierungsvorlage mit einer großen Stimmenmehrheit, lediglich gegen die Kommunisten und einige Abgeordnete der Rechten, beschlossen, und an der Zustimmung des Senats ist nicht zu zweifeln.

Die Regierung hat die nun erfolgreich verfochtene Vorlage damit begründet, daß die Rentenkonvertierung stets eines der sichersten und korrektesten Mittel zur Besserung der öffentlichen Finanzen gewesen sei, und daß sie unter den heutigen Verhältnissen zu einer unvermeidlichen Folge und zu einem wesentlich bestimmenden Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung werde. Die unbestreitbaren Anzeichen einer Besserung der internationalen Lage ließen den Zeitpunkt für einen solchen Schritt besonders geeignet erscheinen, als dessen Wirkung eine Senkung der Lebenshaltungskosten und damit ein neuer Auftrieb der wirtschaftlichen Entwicklung zu erwarten sei.

Innerpolitische Neuorganisation?

In Pariser parlamentarischen Kreisen wird dem beinahe reibungslosen Ablauf der Kammerdebatte über die Rentenkonvertierung eine um so größere Bedeutung beigemessen, als man darin die ersten Anzeichen für eine innerpolitische Neuorganisierung im Sinne einer Konzentration, d. h. den Zusammenschluß aller Gruppen außer der äußersten Rechten und der äußersten Linken, erblicken zu können glaubt. Gewisse Kreise gaben bereits ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß bei Wiederzusammentritt des Parlaments im Herbst angesichts der ernsten finanziellen, wirtschaftlichen und außenpolitischen Probleme endlich die von allen Franzosen gewünschte Konzentration zustande komme.

Die Stresa-Konferenz

Verhandlungen des Finanzkomitees.

Stresa, 18. September.

In Stresa nahm das Finanzkomitee der Konferenz den von dem belgischen Delegierten van Zeeland ausgearbeiteten Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen entgegen. Die Diskussion hierüber war jedoch nur von kurzer Dauer, da die Schuldnerstaaten den Bericht rundweg ablehnten mit der Begründung, daß er ausschließlich dem Gläubigerstandpunkt Rechnung trage. Darauf wurde ein Unterausschuß ernannt, der den Bericht noch einmal unter Berücksichtigung der Wünsche der Schuldnerstaaten umarbeiten soll.

Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Berger, gab eine Erklärung ab, in der er noch einmal den deutschen Standpunkt betonte und ausführte, daß Deutschland mit Rücksicht auf seine eigene Lage keinerlei neue finanzielle Verpflichtungen übernehmen könne.

Wegen der Verhandlungen im Finanzkomitee wird das Wirtschaftskomitee am Nachmittag zusammentreten, um ebenfalls zu dem von dem österreichischen Sektionschef Schüller ausgearbeiteten Bericht Stellung zu nehmen.

Einfluß im Völkerbundssekretariat

Zu den Meldungen über die Frage der Umbildung des Völkerbundssekretariats, die im Zusammenhang mit dem Ausscheiden des Generalsekretärs Sir Eric Drummond auf der kommenden Völkerbundsversammlung eine Rolle spielen wird, wird in Berliner politischen Kreisen betont, daß Deutschland angesichts der für die Umbildung des Generalsekretariats bestehenden zwei Tendenzen entweder auf Beibehaltung oder auf Abschaffung der Unter-Generalsekretäre vor allem Wert darauf legt, daß eine Regelung gefunden wird, die dem deutschen Vertreter in Genf eine möglichst fruchtbare Mitarbeit gewährleistet.

Bayerische Regierungsvertreter in Berlin.

Von zuständiger Stelle wird die Nachricht bestätigt, daß heute der bayerische Staatsrat Schäffer nach Berlin kommen und vom Reichskanzler empfangen werden wird. Da am Dienstag eine Konferenz der Finanzminister der Länder über das Programm der Reichsregierung stattfindet, wird dann auch Ministerpräsident Held nach Berlin kommen, der gleichfalls dem Reichskanzler einen Besuch abstatten wird.

Litwinows Staatsbesuche.

Der sowjetrussische Volkskommissar Litwinow, der auf der Durchreise nach Genf in Berlin eingetroffen ist, hat dem Reichskanzler von Papen und dem Reichsaußenminister Freiherrn von Neurath einen Besuch abgestattet. Reichsaußenminister Freiherr von Neurath veranstaltete ein Frühstück für den Volkskommissar.

Vertreter des Einzelhandels beim Kanzler.

Der Reichskanzler empfing Vertreter der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels, die Vorschläge für die Durchführung des Wirtschaftsprogramms entwickelten. In der Aussprache hierüber trat die beiderseitige Auffassung zutage, daß eine Stärkung der Qualitätsleistungen und -umsätze dringend notwendig sei, um für eine Belebung der Wirtschaft auch das Vertrauen und die Mitarbeit der großen kaufmännischen Mittelschicht zu gewinnen.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. September 1932

* Gestern nacht um 1/2 12 Uhr ereignete sich an der Straßengabelung Schmiedeberg—Düben vor dem Kronbergschen Grundstück ein ernster **Verkehrsunfall.** Der Gärtnergehilfe Hermann Stolze aus Rackith kam von Ateritz mit einem Leichtmotorrad und fuhr auf das von Kemberg kommende Personenauto des Fuhrunternehmers Posern aus Schmiedeberg, der sich auf der Heimfahrt befand, seitlich auf. Das Personenauto wurde, da es beim Ausweichen zu nahe an die Kronbergsche Tankstelle kam, erheblich beschädigt, ebenso auch das Motorrad. Der Motorradfahrer erlitt selbst Schäfen- und Kopfverletzungen und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

* Am gestrigen Sonntag hielt die **Freiwillige Feuerwehr** eine Feuerlöschübung ab, an der der Kreisbrandmeister Schäfer aus Wittenberg teilnahm. Wir werden in der nächsten Nummer über den Zweck der Uebung Ausführliches berichten.

— **Nichtbestellte Sendungen.** Es ist nicht selten, daß man mit der Post von einer beliebigen Firma ein Päckchen erhält mit Sachen, die man nie bestellt hat. Will man sie behalten, dann wird man in dem Päckchen schon den Preis finden, den man zu bezahlen hat. Will man aber den Inhalt nicht behalten, dann — hebt man das Päckchen auf. Hat die übersendende Firma Rückporto beigelegt, dann wird man die Rücksendung veranlassen. Eine Verpflichtung dafür besteht nicht. Von dem Inhalt des Päckchens darf man keinesfalls etwas benutzen. Daher ist es auch geboten, wenn man sich die Mühe des Rücksendens nicht machen will, den Inhalt des Päckchens nicht einfach fortzuwerfen, sondern aufzuheben, also dem Absender zur Verfügung zu halten. Jedenfalls braucht man nicht zu bezahlen, was man nicht bestellt hat.

Bad Schmiedeberg, 15. Sept. Vor einiger Zeit berichteten wir über die Vorgänge bei der Stadtsparkasse und erfahren heute, daß der gegen den Sparkassenleiter erlassene Haftbefehl, zufolge sofort eingelegter Beschwerde vom Landgericht Torgau als ungerechtfertigt aufgehoben worden ist, da für Erlaß desselben jede Voraussetzung fehlt. Die von dem Direktor Zeising an die Vorstandsmitglieder, sowie auch an das Personal der Stadtsparkasse gezahlten Beträge sind lediglich im dienstlichen Interesse verwandt und in allen Fällen durch Beschlüsse des Gesamtvorstandes angeordnet, sodaß dem Sparkassenleiter hieraus ein Vorwurf nicht entstehen konnte, da derselbe pflichtgemäß gehandelt hat. Bemerkt wird hierzu noch, daß man im Wahlkampf wegen der bevorstehenden Bürgermeisterwahl die Stadtsparkasse im Uebereifer in diesem Kampf mit hineinzog. Das bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg gegen den Vorsitzenden des Sparkassenvorstandes, Herrn Bürgermeister Kelle, schwebende Verfahren wird die gegen ihn erhobenen Vorwürfe klären.

Muldenstein (Kr. Bitterfeld). (Die Rache des Untermieters.) Ein Arbeiter, dessen Wirtin ihm wegen rückständiger Miete einen Teil seiner Sachen einbehalten hatte, stieß gegen die Frau Drohungen aus. Diese war darüber so erschreckt, daß sie aus dem Fenster der Küche sprang und um Hilfe rief. Der rachesüchtige Untermieter warf den Küchenschrank um und schlug ihn mit einer Axt kurz und klein. Alsdann flüchtete er unter Mitnahme eines Fahrrades. Er wurde wegen Hausfriedensbruchs zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten verurteilt.

Zschornewitz, 15. Sept. Am Dienstagnachmittag stürzte sich die 16jährige Hanny Schröder, die älteste Tochter von acht unmündigen Kindern ihrer Eltern, aus noch unbekannten Gründen in den nahen Barbarateich. Nach wiederholtem Tauchen gelang es dem schnell herbeigeholten Bademeister des Schwimmvereins Sachsenburg, sie aus 5 Meter Tiefe herauszuholen. Sie hatte bereits 50 Minuten im Wasser gelegen, deshalb waren die Wiederbelebungsversuche des Bademeisters in Gemeinschaft von Arbeitersamaritern und des Arztes ohne Erfolg.

Eutzsch, 17./September. Ein verwegener Viehdiebstahl wurde in der verflossenen Nacht auf der Weide des Landwirts Schröter versucht. Die Täter entwendeten von der Weide ein Rind und trieben es bis nach der Lammsdorfer Flur, wo sie es auf einem bereitstehenden Kraftwagen fortfahren wollten. Sie hatten das Rind bereits gefesselt, als sie wahrscheinlich gestört worden sind. Sie ließen ihre Beute im Stich und fuhren davon. Die Nummer des Fahrzeugs konnte festgestellt werden, so daß es gelingen wird, die Täter zu ermitteln. Das Rind hätte infolge der Fesselung wahrscheinlich großen Schaden erlitten, wenn es nicht noch in der Nacht aufgefunden worden wäre.

Eisenhammer, 17. September. (Bisamratte erlegt.) Einem Angestellten des Heidegasthofes gelang es, am Teiche eine Bisamratte zu erlegen. Das Tier, das eine ansehnliche Größe aufwies, hatte schon zwei ausgewachsene Enten getötet.

Wittenberg. (Das Auftreten der Kinderlähmung.) Zur Beruhigung der Bevölkerung kann mitgeteilt werden, daß die Kinderlähmung in unserem Bezirk bis auf den einen leichten Fall nicht wieder aufgetreten ist. Die Gesundheitsbehörden haben jedenfalls alle Vorkehrungen zur Unterdrückung einer Ausbreitung getroffen.

Pretzsch. (Neuer Ratskellerwirt.) Gegenwärtig werden im Ratskeller umfangreiche Umbauarbeiten vorgenommen, die durch den Pachtwechsel verursacht sind. Mit Wirkung vom 1 Oktober ab hat der Magistrat dem ehemaligen Besitzer des Hotels zum „Goldenen Stern", Adolf Achtziger, für 700 RM. Pachtzins (bisher 800 RM.) die Bewirtschaftung des Ratskellers und die Bedienung der Ratswaage übertragen. Der neue Ratskellerwirt leitete bereits den Betrieb im Auftrage der Hinterbliebenen seines verstorbenen Vorgängers Otto Kaiser. Unser Ratskeller hat einen ruhigen, aber beständigen Geschäftsverkehr. Eine Reihe von Vereinen hat ihn zum Vereinslokal gewählt.

Zahna. (Die Stadtverordneten in Zahna lehnen den Haushaltsplan für 1932/33 ab.) Zu der gestern abend anberaumten Stadtverordneten-Sitzung waren außer dem Vorsteher Lehmann, der infolge Krankheit der Sitzung fernbleiben mußte, sämtliche Stadtverordnete sowie der gesamte Magistrat und Bürgermeister Meister erschienen. Die Sitzung dauerte 5 Stunden, von 7 Uhr abends bis 12 Uhr nachts. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Etatberatung, die fast vier Stunden in Anspruch nahm. Der Etat schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 200 500 gegen 231 600 RM im Jahre ab. Der Etat wurde, nachdem verschiedene Aenderungen erläutert worden waren, in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Torgau, 15. September Die Torgauer Volksschule wegen Ansteckungsgefahr geschlossen. In der Stadtverordnetensitzung machte Erster Bürgermeister Goedecke davon Mitteilung, daß infolge der Tatsache, daß fast 100 Schulkinder dem Unterricht infolge Erkrankung ferngeblieben sind und 9 Diphtheriefälle neuerdings festgestellt wurden, am 9. September die Volksschule geschlossen wurde. Es sei unverkennbar, daß in den Klassen verschiedene Krankheitsherde vorhanden sind, und daß diese Maßnahme im Interesse der Eltern und um eine gewisse Angstpsychose abzudämmen, notwendig sei. Eine akute Gefahr bestehe indessen nicht. Im übrigen werde die Stadt dafür Sorge tragen, daß mit allen Mitteln gegen die Krankheitswelle vorgegangen werde.

Kirchhain. Der leidige Konkurrenzneid trieb einen Einwohner der Südstraße zu einer unüberlegten Handlung. Er ging in der Nacht zum Sonnabend vor das Konkurrenzgeschäft und warf gegen 1,30 Uhr einen großen Pflasterstein in die Wohnung. Der Stein wurde mit solcher Wucht geschleudert, daß er nicht nur die Doppelfenster durchschlug, sondern auch den Polsterstuhl, auf dem der Stein landete. Der Täter ist geständig und bereut heute seine unbedachte Handlung.

Jessen, 15. Sept. Ein 15jähriges Mädchen aus Schöneiche stahl während ihrer Besorgungen in Jessen in einem Geschäft mehrere Paar Strümpfe. Anschließend kaufte es in einem Schuhladen eine Kleinigkeit und entwendete während der kurzen Abwesenheit des Besitzers ein Paar Pantoffeln. Der Diebstahl wurde jedoch entdeckt, und so kam auch der erste Diebstahl heraus Die jugendliche Diebin wird dem Jugendgericht zugeführt.

Anzeigen

für die

Jahrmarkts-Nummer

bitten wir rechtzeitig aufzugeben

Kemberger Zeitung.

Braunkohlenindustrie für Papen-Programm

Wie uns ein Mitglied des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins mitteilt, soll der in einem Teil der Berliner Presse veröffentlichte Artikel, der sich mit den Neueinstellungen und Steuerrechnungsscheinen auf Grund der neuen Notverordnung beschäftigt und in dem von dem Gedanken ausgegangen werde, daß die Braunkohlenindustrie dabon nicht profitieren könne, weil sie verhältnismäßig gering abgebaut habe, durchaus nicht die Billigung der Mitglieder des Deutschen Braunkohlen-Industrie-Vereins finden. Dieser Artikel drücke die persönliche Meinung des Vorsitzenden des Braunkohlen-Industrie-Vereins aus und sei verfaßt worden, ohne mit den einzelnen Mitgliedern des Vereins Fühlung zu nehmen.

Die Mehrheit der Mitglieder stehe auf dem Standpunkt, daß die Bemühungen der Reichsregierung zur Ankurbelung der Wirtschaft voll und ganz unterstützt werden müßten, auch wenn die vorgesehenen Maßnahmen der Reichsregierung in dem einen oder anderen Falle den Interessen einzelner Branchengruppen nicht ganz gerecht würden.

Sechstagewoche und Neueinstellungen bei Michel?

Halle. Die Michel-Werke beabsichtigen, demnächst die sechsstündige Arbeitszeit einzuführen, ohne jedoch die tariflichen Stundenlöhne zu ermäßigen. Die Werke wollen dann über 200 Neueinstellungen vornehmen und hoffen, diese Zahl im Laufe der Zeit sogar noch erhöhen zu können.

Das Adressenverzeichnis des Doppelmörders Becker. Zwei weitere Morde vereitelt.

Halle. Durch die Festnahme des Exportkaufmanns Reinhold Becker, dem Mörder des Facharztes Dr. Boes in Halle und des Goldschmiedes Buchholz in Duisburg, sind zwei weitere Morde, die der Festgenommene noch begehen wollte, vereitelt worden. Becker hatte die Absicht, in Berlin einen Arzt und in München einen Geschäftsmann, beides Liebhaber seiner Frau, umzubringen. Er fuhr zunächst von Halle nach Hannover, um sich von dort nach Berlin zu begeben, entschloß sich aber dann doch zunächst zur Abrechnung mit dem Goldschmied Buchholz in Duisburg, der, wie er auch der Polizei angab, der jüngste Liebhaber seiner Frau gewesen sei. Bei dem Mörder wurde ein Adressenverzeichnis derjenigen Männer vorgefunden, die er als weitere Opfer ausersehen hatte.

Schwierigkeiten bei der Gehaltszahlung.

Ammendorf bei Halle. Die Gemeinde war am 31. August nicht in der Lage, die fällige erste Hälfte der Gehälter, sondern nur ein Viertel zu zahlen. Ob die restlichen Beträge am fälligen Termin ausgezahlt werden können, ist noch ungewiß. Fest steht nur, daß man bis zur Stunde noch keine Lösung dieser Frage gefunden hat.

Unter dem Druck dieser Unsicherheit in der Gehaltszahlung ist die gesamte Lehrerschaft der Ammendorfer Schulen dieser Tage bei der Regierung vorstellig geworden und hat sich um eine Erklärung zur Frage der Gehaltsauszahlungen bemüht. Wie wir hören, scheint man an zuständiger Stelle die Absicht zu haben, die Zahlung der Lehrergehälter wieder den Kreiskassen zu übertragen, allerdings mit der Ausnahme der Mittelschullehrergehälter. die weiter von der Gemeinde getragen werden.

Wer war der Brandstifter? Mutter oder Sohn?

Gremitz (Kr. Schweinitz). In einer Februarnacht gingen beim Landwirt Hauß Scheune und Stall in Flammen auf. Der Landwirt wurde wegen Brandstiftung und Versicherungsbetrugs zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt und die Strafe von der Berufungsinstanz auf 2 Jahre Gefängnis erhöht.

Hauß hat bereits 7 Monate abgebüßt, da jetzt seine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320920-18/fragment/page=0003

75 Jahre alte Mutter sich meldet und erklärt, sie habe den Brand verschuldet. Sie habe Heu aus der Scheune holen wollen, was ihr Sohn nicht habe merken sollen. Dabei sei ihr die von ihr benutzte Kerze auf das Heu gefallen. Auf die Frage, warum sie erst jetzt, nachdem ihr Sohn zweimal verurteilt worden sei, mit der Sprache herauskomme, erwiderte die Greisin, daß der Richter ihr gesagt habe, sie könne ihre Aussage verweigern. Die Frau wurde nach Vorgau in Untersuchungshaft gebracht, wo ihre Angaben nachgeprüft werden.

Mansfeld. Bier- und Bürgersteuer verdoppelt. Die Stadtverordneten verabschiedeten mit elf gegen zwei Stimmen den Haushaltsvoranschlag für 1932/33, der mit 150 268,09 Mark balanziert. Man rechnet jedoch damit, daß sich infolge der Aenderung der Bürgersteuer durch die letzte Notverordnung und durch Mindereingang an Steuern ein Fehlbetrag ergeben wird. Die Steuerzuschläge betragen 230 Prozent vom bebauten bzw. 260 Prozent vom unbebauten Grundbesitz, 600 Prozent vom Gewerbekapital und 540 Prozent vom Gewerbeertrag. Bier- und Bürgersteuer werden mit einem Zuschlag von je 100 Prozent erhoben.

Erdeborn (Mansf. Seekreis). Der Tod in der Fremde. Die Familie des früheren Gemeinde- und Amtsvorstehers Schneider erhielt die Nachricht, daß ihr ältester Sohn, der sich seit 2½ Jahren ununterbrochen auf Wanderschaft befand und in dieser Zeit fast alle südeuropäischen Länder bis zur Türkei durchwandert hat, an der französischen Grenze in der Mosel ertrunken sei.

Bad Lauchstädt. Schließung der Berufsschule. Ueber den Fortbestand der Berufsschule kam es im Stadtparlament zu einer längeren Aussprache. Bereits früher war die Schule geschlossen, jedoch auf Anweisung von höherer Stelle wieder geöffnet worden. Auf Beschluß des Stadtparlaments wurde die Weiterführung der Schule seinerzeit bis zum 30. September begrenzt. Nunmehr wurde beschlossen, den Unterricht bis zur Wiederkehr besserer Verhältnisse einzustellen, da die Stadt nicht in der Lage sei, ohne Kreis- oder andere Zuschüsse die Schule zu halten.

„Graf Zeppelin" in Rio de Janeiro. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" traf in Rio de Janeiro ein und flog nach einstündigem Aufenthalt wieder nach Pernambuco zurück. „Graf Zeppelin" wird die Heimfahrt nach Deutschland am 22. d. M. antreten.

Schweres Brandunglück im Kreis Osterode. In der Scheune des Gastwirts Gnatowski im Domkau im Kreise Osterode, in der acht Bauhandwerker übernachteten, entstand ein Feuer, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete. Von den acht Bauhandwerkern gelang es sieben, sich den Weg durch Flammen und Qualm aus der bis unter das Dach gefüllten Scheune ins Freie zu bahnen. Der achte, der Zimmermann Kaminski, kam in den Flammen um. Von den sieben Geretteten haben sechs mehr oder minder schwere Brandwunden erlitten. Außerdem sprang das Feuer auf das Wohnhaus und den Stall des Anwesens über und legte beide in Asche.

Schüler von Handgranate schwer verletzt.

Sommerschenburg (Kr. Neuhaldensleben). Als der 13jährige Schüler Rudi Opitz mit einer Eierhandgranate hantierte, explodierte diese plötzlich und verletzte den Jungen so schwer, daß an seiner Wiedergesundung gezweifelt wird. Er wurde sofort dem Helmstedter Krankenhaus zugeführt.

Schulschluß wegen spinaler Kinderlähmung.

Ummendorf (Kr. Neuhaldensleben). Um einer Weiterverbreitung der spinalen Kinderlähmung vorzubeugen, ist verfügt worden, daß die Schule auf einen Monat geschlossen bleibt. — Auch in Osterweddingen sind drei Fälle von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Die kranken Kinder sind in das Krankenhaus nach Magdeburg gebracht worden.

Stadtverordnetenversammlung aufgeflogen.

Hohenmölsen. In der letzten Stadtverordnetensitzung stand die Wahl eines neuen Bürgermeisters auf der Tagesordnung. Zu Beginn der Sitzung reichte die sozialdemokratische Fraktion vier Dringlichkeitsanträge ein, die Preisvergünstigung für Erwerbslose usw. verlangen. Der nationalsozialistische Vorsteher Dr. Proese verneinte die Dringlichkeit der Anträge und lehnte es ab, sie auf die Tagesordnung zu setzen.

Ein kommunistischer Stadtverordneter widersprach in einer längeren Rede dem Vorsteher, der als Antwort auf Beifallskundgebungen im Zuhörerraum den Saal räumen ließ. Die Linke verließ daraufhin die Sitzung.

Um in Zukunft Störungen der Sitzungen zu vermeiden, werden Eintrittskarten nur noch in beschränktem Umfange ausgegeben.

Könnern. Justizangestellte vor dem Strafrichter. Wegen Urkundenbeseitigung und -vernichtung, Amtsunterschlagung, Betruges und Hehlerei wurden die früheren Justizangestellten Rumpf und Löchner, beide aus Könnern, vom hallenschen Schöffengericht zu sechs Monaten bzw. zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Rumpf als der Hauptangeklagte hatte während seiner Tätigkeit beim Amtsgericht in Könnern in einer Anzahl von Fällen Kostenmarken unterschlagen und, um die Veruntreuungen zu verdecken, die betreffenden Akten vernichtet. Er bestritt die ihm zur Last gelegten Straftaten und erklärte, daß das Defizit dadurch entstanden sei, weil infolge sehr mangelhafter Geschäftsführung beim Gericht die eingehenden Gelder vielfach nicht ordnungsmäßig verbucht werden konnten.

Ernst Udet verschollen?

Besorgnisse wegen des beliebten deutschen Fliegers.

Godhavn, 18. September.

Nach einem Kabeltelegramm aus Godhavn hat die Universal-Fanck-Filmexpedition seit drei Tagen von dem Flieger Ernst Udet keine Nachricht mehr.

Dr. Fanck, der Leiter der Expedition, meldet seine äußerste Besorgnis über das Schicksal Udets, da sich an der 2500 Kilometer langen Grönlandküste bis Angmagsalik keinerlei Ansiedlungen befinden, wo Udet für seine kleine Maschine Benzin bekommen könnte. Wie erinnerlich, wurde Udet auf die Nachricht hin, daß die „Fliegende Familie" Hutchinson verschollen sei, beauftragt, unverzüglich sich auf die Suche nach dem vermißten Flugzeug zu begeben. Udet antwortete, daß er den Auftrag sofort ausführen würde.

Verhütung des Durchfalls bei Verfütterung von Rübenblättern in der Rindviehhaltung.

Diplomlandwirt Dr. P. Lieb,
Landwirtschaftslehrer und Tierzuchtinspektor.

Eine sehr unangenehme Begleiterscheinung beim Verfüttern von Rübenblättern in der Rindviehhaltung ist der jedesmal eintretende Durchfall bei den Tieren. Die Ursache dieser unangenehmen Krankheit, die sich allerdings nur vorübergehend zeigt, ist zweierlei Art. Einmal ist es eine bestimmte Bakterienflora, die an den Rübenblättern haftet, zum anderen ist es die in den grünen Blättern vorkommende Oxalsäure, die beide außerordentlich laxierend wirken. Durch gründliches Waschen der Blätter kann der erstgenannten Ursache wirksam entgegengetreten werden; meist fehlt es aber dann an der entsprechenden Zeit, oft auch an Einrichtungen dazu.

Die Oxalsäure, die u. a. auch im Sauerampfer vorkommt, kann durch Kalkbeifütterung bis zu einer gewissen Grenze neutralisiert werden. Dabei tritt allerdings eine Gefahr in den Vordergrund, nämlich, daß der gegebene Kalk, besonders bei größeren Gaben, leicht die Magensäure neutralisiert. Der Magen arbeitet dann nicht mehr richtig, das Futter ballt sich zusammen, und die Tiere können an solchen Magenbeschwerden ernstlich erkranken. So kommt man dann von dem einen Uebel ins andere. Ganz anders liegen die Ergebnisse beim Verfüttern von Holzkohlen-Körnung, wie diese unter dem Namen „Lorch" von der Firma Ed. Schneider G. m. b. H., Frankfurt a. M., in den Handel gebracht wird. Diese Holzkohle wirkt nicht nur neutralisierend, sondern auch entgasend, ist völlig ungiftig und wird von den Tieren gern gefressen. Durch diese Eigenschaften wirkt die Holzkohle günstig auf den Gesundheitszustand und auf die Leistungsfähigkeit der Tiere. Die täglichen Gaben betragen für Großvieh 60—80 g, für Kleinvieh 30—50 g.

Die Rübenblätter enthalten n. Prof. Dr. Kellner 1—1,4% verdauliches Eiweiß, also ganz erhebliche Mengen. Durch das rasche Passieren derselben im Magen bei Durchfall wird das Eiweiß sehr schlecht ausgenützt. Durch das Vermeiden des Durchfalls durch solche Holzkohlenfütterung bleibt das Futter länger im Magen, wird besser ausgenutzt, wodurch natürlich die Leistungen der Tiere, besonders was die Milchsekretion anbelangt, wesentlich gehoben werden.

Dienstag, d. 20. Sept., abds. 8½ Uhr
Wittenberger Neumarkt 9 **Bibelstunde**
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen.

Handtaschen
Aktenmappen — — Einkaufsbeutel
Portemonnaies, Brieftaschen
Zigarren- u. Zigarettenetuis, Reisekoffer
empfiehlt in reicher Auswahl und zu billigen Preisen
Richard Arnold :: Kemberg
Leipziger Strasse und Markt

4 Wochen kostenlos
liefern wir Ihnen gegen Einsendung des anhängenden Gutscheines die „Wirtschaftlichen Kurzbriefe".
Was die WK sind?
Deutschlands größte Zeitschrift für Steuerwesen und Wirtschaftskunde!
Die Zeitschrift, zu deren Mitarbeitern einige der gesuchtesten Steuer- und Wirtschaftsrechtler gehören!
Die Zeitschrift, die über einen vorbildlichen Kundendienst verfügt und nachweislich Zehntausende von Spezialauskünften an ihre Abonnenten erteilte!
Die Zeitschrift, die infolge ihrer einzigartigen technischen Gestaltung ein nie versagendes Nachschlagewerk bildet.
Mehr als 46000 fortschrittliche Köpfe gehören zu den Abonnenten. Auch Sie sollten sich diese Einrichtung zunutze machen. Es wird bestimmt Ihr Vorteil sein. Bitte schicken Sie uns also den Gutschein ein!
Gutschein! Rudolf LORENTZ Verlag Charlottenburg 9 Kaiserdamm 38
Liefern Sie mir — uns, wie versprochen, die WK 4 Wochen vollkommen kostenlos u. unverbindlich

Reise-Koffer
in verschiedenen Grössen und Ausführungen
Richard Arnold, Leipziger Str. und Markt

Prima
Rind- und Hammelfleisch
frische Flecke
empfiehlt **Heinrich Schneider**

Empfehle frisch eintreffend:
frischen Schellfisch
Goldbarsch, Fischfilet
ff. Fettbücklinge
ger. Schellfisch
Fettheringe 10 Stck. 35 Pfg.
Richard Tempelhof, Tel 256

10 starke und schwächere
Pappeln
für Tischlerei und Holzpantoffelfabrik passend, **Schneidemühle am Ort,** gibt billig ab
Hoffmann, Goltewitz
b. Oranienbaum

Ischias-, Gicht- und Rheumatismuskranken
teile ich gern gegen 15 Pfg. Rückporto sonst **kostenfrei** mit, wie ich vor Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde
J. Stieling, Kantinenpächter,
Frankfurt/Oder 130, Jüdenstraße 6

Warnung!
Zahle demjenigen 20 RM, wer mir die Personen nachweisen kann, die dauernd falsche und unwahre Gerüchte über mich verbreiten, damit ich diejenigen gerichtlich belangen kann. Strenge Verschwiegenheit wird zugesichert.
Hermann Kunert, Reuden

Suche ein
2. Mädchen
für Landwirtschaft, welches melken kann
Ww. Behse, Dorna

Gemüse schmecken wirklich besser mit
MAGGI's Würze
Wenige Tropfen genügen

Frisches
Rind- und Hammelfleisch
empfiehlt **Louis Richter**

Für mein Kemberger Geschäft suche p. bald eine
tüch. Verkäuferin
Solche, denen an Dauerst. gelegen und in der Lage sind Sicherh. z stell., wollen sich unter Angabe bish. Tätigkeit mit Zeugnissen bewerben.
Kurt Schmiedicke
Wittenberg (Bez. Halle)

Geld
erhält jeder für alle Zwecke unkündbar, ohne Zinsen, 3% Verwaltungsgebühren
Hans Selling, Schmiedebergerstr. 12a

Preußisch-Süddeutsche
Klassenlotterie
Von 100 Losen gewinnen 43½ Lose.
Spielkapital über 114 Mill. RM.
Ziehung 1. Klasse 21. und 22. Oktober
Lose in allen Abschnitten vorrätig.

1/8	1/4	1/2	1/1 Los
5,—	10,—	20,—	40,—

Staatliche Lotterie-Einnahme
Messerschmidt, Wittenberg
Mittelstr. 62, gegenüber Café Richter
Telefon 2211

Lose
erhältlich bei
Richard Arnold, Buchhandlg.

Wohnhaus
mit Stall, Scheune u. Garten
verkauft **Elmer, Mühlstraße**

Heute vormittag ¾9 Uhr verschied nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter

Anna Schumann

im 60. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an
die trauernden Hinterbliebenen

Kemberg, den 19. September 1932.

Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittag 3 Uhr statt.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320920-18/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis Monatlich für Abholer 1,15 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,35 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streik usw ersischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 111 — **Dienstag, den 20. September 1932** — **34. Jahrg.**

Donnerstag, den 22. September, 14 Uhr

Mütterberatungsstunde

im Bürgersaal.

Kemberg, den 19. September 1932.

136| **Der Magistrat.**

Rationalisierung

Das Schlagwort von der Rationalisierung, das uns die Amerikaner bescherten, hat jahrelang die öffentliche Meinung beherrscht. Es klingt so verführerisch, wenn gesagt wird: Weniger Angestellte, weniger Arbeiter, weniger Unkosten — dafür erhöhte Produktion und erhöhte Gewinne. Das hört sich ganz hübsch an, aber wenn zwei dasselbe tun, so ist es trotzdem meist nicht dasselbe. Eine Maßregel wirkt anders, wenn ich sie unter freiem Himmel im offenen Gelände ergreife, als im menschenüberfüllten Zimmer. Das darf niemals vergessen werden. Amerika hat Platz, ist noch auf Expansion, auf Eroberung neuer Absatzgebiete eingestellt, ohne die der Wettkampf privater Unternehmer nicht möglich ist. Wir aber in Europa leben in Ländern, die nur durch Export hochwertiger Industrieerzeugnisse die Folgen ihrer Uebervölkerung einstweilen noch abzuwenden vermögen. Und keines drückt der Mangel an Ausdehnungsmöglichkeiten schwerer als das Deutschland der Nachkriegszeit. Es ist eine nicht abzuleugnende Tatsache, daß wir in Deutschland infolge unserer Ueberbevölkerung selbst für unsere Ernährung auf fremde Einfuhr angewiesen sind. Nicht erst in der Nachkriegszeit ist das so geworden, das haben uns die Hungerjahre während des großen Völkerringens deutlich klargemacht.

Amerika hat Platz, Ausdehnungsmöglichkeiten. Rationalisierung, also Ersparnis an Arbeitskräften, hat in Amerika Sinn, denn die an einer Stelle überflüssig Gewordenen kommen an anderer Stelle unter, wo sie nutzbringend tätig sein können. Selbst wenn sie nach bisher unbesiedelten Gebieten auswandern, so dienen sie doch dazu, dort neue Absatzgebiete zu schaffen.

Und trotzdem hat man auch bei den Amerikanern zuletzt überrationalisiert. Im dichtbevölkerten Osten liegen Arbeitskräfte brach, und der weniger entwickelte Westen kann sie nicht im selben Tempo aufnehmen, wie sie frei werden. Viel schlimmer liegt es bei uns. Schnelleres Arbeiten, gesparte Transporte, Automatenmaschinen, von denen mehrere von einem einzigen Manne bedient werden, alles das macht Menschen frei, läßt sie überflüssig werden. Im Gegensatz zu amerikanischen Verhältnissen schaltet aber bei uns der Beschäftigungslose nicht nur als Produzent aus, sondern zum größten Teile auch als Verbraucher. Die Arbeitslosenunterstützung schützt nur vor dem Verhungern, macht aber bei weitem nicht zum Vollverbraucher. Das kann und soll sie ja nach ihrer Bestimmung auch nicht, denn sie ist ja von ihren Schöpfern ursprünglich nur als ein Mittel gedacht, dem wirtschaftlich Schwachen über eine Krisenzeit hinwegzuhelfen. Es ist also unverkennbar: Jede Rationalisierungsmaßnahme ist zweischneidig, denn sie schwächt gleichzeitig auch den Absatzmarkt.

Die Zahl der Unbeschäftigten, also derer, die nicht als Normalverbraucher auftreten können, ist regelmäßigen jährlichen Schwankungen unterworfen. Nebenher aber geht ein ständiges Steigen der Durchschnittsziffer. Man kann sagen: Etwa seit September 1927 bewegt sich die Kurve ziemlich gleichmäßig ansteigend. Die veröffentlichten Zahlen sind, ohne Zusammenhänge betrachtet, meist irreführend, denn sehr oft bedeutet die Abnahme der Zahl der unterstützten Arbeitslosen nicht etwa erhöhten Beschäftigungsgrad, sondern nur Ueberführung in andere Unterstützungskassen! Es werden immer mehr Menschen aus dem Stande der Normalverbraucher entfernt, ohne Hoffnung, sie je wieder zu Vollkaufkräftigen machen zu können.

Mehr und mehr enthüllt sich die verhängnisvolle Kehrseite der Sparmaßnahme. Der Warenreichtum wächst und die Absatznot ebenfalls. Das ist die Folge der Verknappung und Verschmälerung des Innenmarktes. Export kann das nie ausgleichen, da dabei die vielen, die sonst in der Warenverteilung beschäftigt waren, nicht unterzubringen sind. Und außerdem gibt es Zollmauern, die sich nach Bedarf erhöhen lassen.

Das sind die Folgen der Entwicklung der technischen Hilfsmittel sowie der Sparmaßnahmen. Produktion und wieder Produktion — aber keine kaufkräftige Masse, die dieser Produktion erst einen Sinn gibt, indem sie dieselbe verkonsumiert, damit Platz wird für neue Produktion. Ware ist nicht Reichtum, sondern vorläufig nur festgelegtes Geld. Der Wert entsteht erst durch den verbrauchenden Menschen.

Wie die Zahnräder eines Triebwerkes greift es ineinander: Sparmaßnahmen — weniger Verbraucher — weniger Absatz — Verluste und darum neue Sparmaßnahmen — wieder weniger Verbraucher und so fort. Es ist fast wie bei der Geldentwertung während der Inflation. Menschen-Inflation! Man sollte meinen, auch die für die Rationalisierung Begeisterten müßten ein Grauen bekommen, wenn sie an die weitere Entwicklung denken.

Wir leiden in Deutschland unter dem Versailler Vertrag, dem Dawesplan, dem Youngabkommen, allen den Kriegsfolgen, doch das alles kann unmöglich die alleinige Ursache dieser Entwicklung sein, denn in den angeblich gesunden Siegerländern geht eine ganz ähnliche Erscheinung vor sich. Sogar die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben ihr Heer von Arbeitslosen, die sie vorderhand nicht unterbringen können. Die Wirtschaft spart unentwegt weiter im heiligen Eifer und vergißt dabei, daß sie doch nur eben das Geld einnehmen kann, das sie vorher der Masse zu verdienen gab. Man kann sich eben gerade so gut kaputtsparen, wie man sich totsiegen oder pleiteverdienen kann. Es gibt kein Zauberportemonnaie, aus dem man mehr herausholen könnte, als darin ist.

Hier liegt des Rätsels Lösung!

Kommt ein Block der Mitte?

Es regt sich in den bürgerlichen Parteien.

Berlin, 18. September.

Die Neugründung einer „Bürgerlichen Vereinigung für Handel, Handwerk und Gewerbe" muß auch als Beweis dafür gelten, daß nach den Mißerfolgen der bürgerlichen Parteien in den letzten Wahlkämpfen in diesen Kreisen der politisch interessierten Bevölkerung nach einem Ausweg aus der Niederdrückung des politischen Einflusses der bürgerlichen Mitte gesucht wird.

Allerdings wäre es durchaus verfrüht, die Stellungnahme der verschiedenen Mittelgruppen zu der Idee eines neuen Sammelbeckens schon jetzt festlegen zu wollen.

Die Reichstagsauflösung sei immerhin so überraschend gekommen, daß erst in dieser Woche die Mehrzahl der in Betracht kommenden Gremien der bisher selbständig marschierenden Parteien an die Beratungen über die kommende Konstellation herangehen könnte. So wird vom

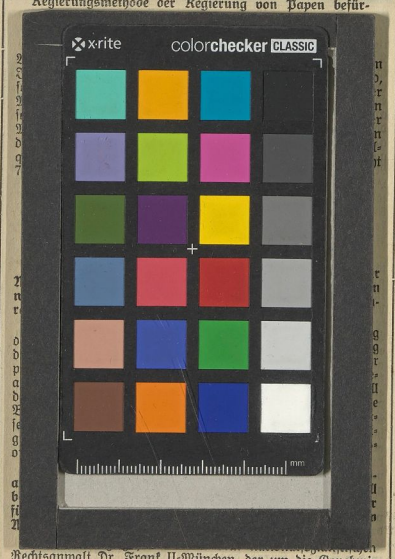
Christlich-Sozialen Volksdienst

erklärt, daß diese Bewegung mit der erwähnten Neugründung nichts zu tun habe, daß vielmehr die Reichsleitung des Volksdienstes zu Beginn dieser Woche sich grundsätzlich über das weitere Vorgehen dieser Bewegung schlüssig werden wolle. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß der

Parteivorstand der Wirtschaftspartei

in der zweiten Hälfte dieser Woche gleichfalls zu bedeutsamen Verhandlungen zusammenkommt. Dabei wird die Frage geklärt werden müssen, welche Stellung die Wirtschaftspartei zu der Bürgerlichen Vereinigung einnehmen soll, ob sie vielleicht unter Auflösung der Wirtschaftspartei gänzlich in der neuen Verbindung aufgehen solle unter einer anderen Führung.

Zu Beginn dieser Woche tagt auch der Sechzehner-Ausschuß, die neue Parteiführung der Deutschen Staatspartei. Wenn man noch hervorhebt, daß der Gedanke der Präsidialregierung insbesondere in Kreisen der Deutschen Volkspartei eifrig weitererörtert wird, wobei eine solche Partei das Regierungsprogramm und die Regierungsmethode der Regierung von Papen befür-



Rechtsanwalt Dr. Frank II-München, der um die Genehmigung zur Durchführung einer Privatklage und zur Strafverfolgung des Abgeordneten Dr. h. c. Braun wegen übler Nachrede und Beleidigung des Regierungsrats Adolf Hitler nachsucht. Außerdem ist jetzt noch die Notverordnung über die Feststellung des preußischen Haushaltsplanes für 1932 auf die Tagesordnung gesetzt worden. Gleichzeitig mit dieser Verordnung sollen die gleichfalls noch von der Regierung Braun erlassenen Notverordnungen vom 8 Juni zur Sicherung des Haushalts, vom 21. Juni zur Aenderung der Schlachtsteuer und die Badepolizeiverordnung Dr Brachts vom 18. August beraten werden. Bei dieser Beratung dürfte es zu einer allgemeinen politischen Aussprache kommen. Schließlich wird sich der Landtag auch mit einem kommunistischen Antrag zu beschäftigen haben, der die Durchführung der vom Landtag seinerzeit beschlossenen Strafunterbrechung bei politischen Gefangenen fordert.

Für Arbeitszeitverkürzung

Beratungen des Internationalen Arbeitsamtes.

Rom, 18. September.

Die italienische Regierung hat beim Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes den Antrag gestellt, daß auf der Tagung des Verwaltungsrates am 21. September zu der Frage Stellung genommen werden soll, ob für die internationale Arbeitszeitverkürzung eine besondere Arbeitskonferenz einberufen werden soll.

Damit kommt eine internationale Aussprache in Fluß, an der Deutschland besonders stark interessiert ist. Nach unserer inneren Gesetzgebung, insbesondere nach den letzten Notverordnungen, sind wir in der Richtung auf Arbeitszeitverkürzung bereits ziemlich weit gegangen, und es ist deshalb selbstverständlich, daß wir dem Grundgedanken des italienischen Antrags nicht ablehnend gegenüberstehen, sondern internationale Abmachungen begrüßen würden, die für die Krisenzeit eine gleichmäßige Regelung der Arbeitszeitverkürzung sichern. Es kann sich dabei naturgemäß nicht um ein großes allgemeines Abkommen handeln, sondern es würden Sonderregelungen für die einzelnen Industriezweige anzustreben sein.

Der Verwaltungsrat beim Internationalen Arbeitsamt soll nun in dieser Septembertagung darüber Beschluß fassen, ob für die Klärung dieser Frage eine Sonderkonferenz des Arbeitsamts einzuberufen ist oder ob wie der Verwaltungsrat meint, die Einsetzung eines Studienausschusses genügen wird, der das Problem der Arbeitszeitverkürzung unter internationalen Gesichtspunkten prüft, und der die Ergebnisse seiner Bemühungen dann der im Jahre 1933 zusammentretenden ordentlichen Arbeitskonferenz unterbreiten wird. Die Reichsregierung wird in jedem Falle an diesen Bemühungen des Arbeitsamtes tätigen Anteil nehmen.

„Staatserhaltende Politik"

Entgiftung des politischen Meinungskampfes.

Lauenstein, 18. September.

Die auf Burg Lauenstein versammelten Vertreter der evangelischen Presseverbände Deutschlands wenden sich an die Oeffentlichkeit mit folgender Erklärung:

„Angesichts der außerordentlichen Verschärfung des politischen Meinungskampfes in allen Lagern sprechen wir als unsere Ueberzeugung aus: Alle Bemühungen zum Neubau unseres Staates können zu keinem dauernden Erfolge führen, wenn nicht Wahrheit und Gerechtigkeit als unverbrüchliche Gottesordnung geachtet werden und die gemeinschaftsgründenden Kräfte sittlicher Bindung lebendig bleiben. Die Geschichte lehrt, daß auch das Politisch-Lebendige einer Zeit den Todeskeim in sich trägt, wenn es sich über ewige Normen hinwegsetzt. Daher wird immer die Sorge um die Reinerhaltung des öffentlichen Kampfes ein notwendiges Stück wahrhaft staatserhaltender Politik sein."

Das deutsche Nein

Veröffentlichung des deutschen Briefes an Henderson.

Berlin, 17. September.

Der vom Reichsaußenminister von Neurath im Auftrage der Reichsregierung an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, gerichtete Brief ist nunmehr im Wortlaut veröffentlicht worden. Das Schreiben lautet:

In den Verhandlungen der Generalkommission, die der Annahme der Resolution vom 23. Juli vorausgingen, hat der Führer der deutschen Delegation die Gründe dargelegt, aus denen die deutsche Regierung diese Resolution ablehnen mußte. Er hat dabei ausgeführt, daß nach dem Stande der Konferenzverhandlungen die Frage der Gleichberechtigung der entwaffneten Staaten nicht mehr länger ohne Lösung bleiben dürfe.

Dementsprechend hat er bei diesem Anlaß die Erklärung abgegeben, daß sich die deutsche Regierung an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht beteiligen könne, bevor eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands erfolgt sei.

Nachdem die Resolution gleichwohl zur Annahme gelangt ist, steht schon jetzt fest, daß die künftige Abrüstungskonvention außerordentlich weit hinter dem Entwaffnungsregime des Versailler Vertrages zurückbleiben, und daß sie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819320920-18/fragment/page=0005